

## AHV Sanierung

### Verbände verurteilen Angriffe auf Grenzgänger

Die langfristige Sicherung der AHV wird das grosse politische Thema in diesem Jahr sein. In diesem Zusammenhang geraten auch die zahlreichen Grenzgänger immer stärker in den Fokus. So erklärt die FBP zu ihrem Lösungsvorschlag, dass damit «kein Export von Steuergeldern ins Ausland» stattfindet. Und die DpL erklärte vor einer Woche: «Mehr als die Hälfte der AHV-Versicherten wohnt im Ausland und leistet keinen Staatsbeitrag. Ein Staatsbeitrag der liechtensteinischen Steuerzahler für das Beitragsdefizit der Ausländer? Wir sind dagegen.»

Mit solchen Aussagen bekunden sowohl die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) wie auch der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) Mühe. «Anspruch auf eine AHV-Rente erhält, wer in Liechtenstein arbeitet und in die AHV einzahlt. Deshalb ist die Diskussion um den Export von Renten für uns nicht verständlich», so LIHK-Geschäftsführerin Brigitte Haas.

Auch LBV-Geschäftsführer Simon Tribelhorn stösst in das gleiche Horn. Es treffe zwar zu, dass heute rund ein Drittel der AHV-Renten ins Ausland fliessen würden und bei einer Erhöhung des Staatsbeitrages ein Teil davon ebenfalls exportiert würde. Doch dies sei nicht das zentrale Problem der AHV. «Zudem darf in der Diskussion nicht vergessen werden, dass ein Grossteil der Arbeitnehmer in Liechtenstein Grenzgänger aus Österreich, der Schweiz und Deutschland sind. Während ihrer Arbeitstätigkeit in Liechtenstein tragen sie massgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und damit auch des Landes bei», so Tribelhorn. (red)